

"Es ist Strategie, vom Kernproblem abzulenken"

Gewerkschafter Veit Wilhelmy und Horst Schmitthenner beklagen die Null-Reaktion auf Hartz-IV-Missstände

Vom 26.04.2008 von Heinz-Jürgen Hauzel

Nächste Woche ist der 1. Mai. Früher ein Kampftag der Arbeiterbewegung. Dass es auch heute noch Ausbeutung und soziale Missstände gibt, gegen die es anzukämpfen lohnt, davon sind die Gewerkschafter Veit Wilhelmy und Horst Schmitthenner überzeugt.



Wollen sich in ihren Bemühungen für größere soziale Gerechtigkeit nicht entmutigen lassen: Veit Wilhelmy (links) und Horst Schmitthenner. Foto: wita/Paul Müller

Samstagsgespräch

Die Stadt Wiesbaden erhält für die Art und Weise, wie sie als Optionskommune die Hartz-IV-Gesetze umsetzt, gute Noten. Bei dem Versuch, die Umsetzung in den Einsatzstellen von Ein-Euro-Jobbern zu kontrollieren, werden die Mitglieder des Sozialforums von allen Seiten zu Sündenböcken gestempelt - die ermittelten Ergebnisse finden keine Beachtung mehr. Die Gewerkschafter Horst Schmitthenner (IG Metall) und Veit Wilhelmy (IG Bau) scheinen sich gegen Windmühlenflügel zu stemmen.

"Es gibt genug Arbeitslose - die können doch den Dreck wegmachen." Diese uralte deutsche Stammtisch-These schwirre immer noch in den Köpfen herum, ist Schmitthenner überzeugt, und sie sei die Basis dafür, dass Ein-Euro-Jobs in diesem Land als grundsätzlich positive Einrichtung betrachtet werden. Zumal wenn die Langzeitarbeitslosen in caritativen Organisationen eingesetzt werden. "Aber auch diese Menschen haben Rechte."

Veit Wilhelmy will gar nicht in Abrede stellen, dass die Stadt Wiesbaden als Optionskommune grundsätzlich gute Arbeit leistet. "Aber sie muss den Missbrauch abstellen." Dass es den gibt, steht für Wilhelmy außer Frage. "Nach meiner Einschätzung ist mindestens jeder dritte Ein-Euro-Job nicht als zusätzliche Arbeitsstelle geschaffen worden." Genau das werde von der Stadt indes schon nicht überprüft. Das sei kein Wiesbaden-spezifisches Problem, meinen die Gewerkschafter, sondern ein grundsätzliches. "Ein Problem ist, dass sich die Optionskommunen in einer Art Konkurrenzsituation sehen und ihre Sache deswegen besonders gut machen wollen." Das heiße, möglichst viele Langzeitarbeitslose in Ein-Euro-Jobs zu transferieren. In Wiesbaden sind das über 1700.

Besonders drastische Beispiele schildert Wilhelmy von der Domäne Mechtildshausen. Dort habe ein Ein-Euro-Jobber die Pferde bewegt und die Stallungen ausgemistet. Von den 35 Pferden seien fünf der Domäne gewesen, 30 gehörten privaten Besitzern. "Und die Hotelzimmer der Domäne werden fast ausschließlich von Ein-Euro-Jobbern gereinigt", setzt Horst Schmitthenner noch einen obendrauf. Alles Tätigkeiten, die eigentlich von ganz normalen Arbeitskräften, in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen erledigt werden müssten. Zumal die Domäne in diesen Bereichen mit privatwirtschaftlichen Unternehmen in Konkurrenz steht, über diese Billig-Jobs geringere Kosten und somit einen Wettbewerbsvorteil habe.

Einen anderen gravierenden Fall hat Schmitthenner in der Küche der Erbenheimer Hermann-Ehlers-Schule festgestellt, wo je nach Wochentag bis zu 360 Essen produziert werden. Diese Aufgabe hatten ein Teilzeit- und ein Vollzeit-Koch zu erledigen. Ansonsten waren dort acht bis zwölf Ein-Euro-Jobber beschäftigt. "Allein in dieser Küche", sagt Schmitthenner, müssten eigentlich statt der Ein-Euro-Jobber drei Küchenhilfen in Vollzeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung eingesetzt werden." Hier sehe man, dass die Schaffung regulärer neuer Arbeitsplätze gefährdet oder verhindert wird, was eigentlich ein Ausschlusskriterium für eine Ein-Euro-Job-Stelle ist. Bei einer anderen Einrichtungen, weiß Veit Wilhelmy, sei nach der Zuweisung von Ein-Euro-Kräften gar ein regulärer Arbeitsplatz gestrichen worden. "Hartz IV ist beschäftigungshemmend und sorgt für einen schleichenden Stellenabbau."

Natürlich hat das Wiesbadener Sozialamt längst alle Anschuldigungen zurückgewiesen, aber die Gewerkschafter weichen von ihren Behauptungen nicht ab. Sie beklagen dazu, dass die Stadt mit den Ein-Euro-Jobbern Vollzeitbeschäftigung über 38,5 Wochenstunden vereinbart. Zulässig seien im Höchstfall 30 Stunden, sagt Schmitthenner, "damit den Ein-Euro-Jobbern ausreichend Zeit bleibt, sich um eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt zu kümmern".

Nicht nur rechtswidrig, sondern, so der Metaller, "menschenunwürdig" sei die Praxis der Stadt, den Ein-Euro-Jobbern pro Stunde nur einen Abschlag von 80 Cent zu zahlen - und den Rest später oder bei Beendigung der Arbeitsgelegenheit nachzuzahlen. "Angeblich hat man seit Einführung dieser Praxis weniger Probleme mit Fehlzeiten." Wilhelmy verurteilt den Vorgang gleich doppelt: "Das ist moralisch nicht okay und rechtswidrig."

Es dürfe auch nicht vergessen werden, dass Ein-Euro-Jobber im Krankheitsfall keine Lohnfortzahlung erhalten, dass sie keine Interessenvertretung haben, dass sie einen Rentenanspruch von 2,49 Euro erwerben im Vergleich zu 26 Euro in einem regulären Arbeitsverhältnis. Von einem eigentlich vorgesehenen Qualifizierungsplan und ernsthaften Versuchen, die Jobber in den ersten Arbeitsmarkt zu führen, hätten sie nichts gesehen. Der einzige Vorzug dieser Form der Beschäftigung sei die Vermittlung des Gefühls: "Ihr werdet gebraucht." Für die meisten Betroffenen sei es halt besser, "eine beschissene Arbeit anzunehmen, als daheim zu sitzen, bis die Decke auf den Kopf fällt".

Die heftigen Vorwürfe, mit denen die "Kontrolleure" des Sozialforums vor vier Wochen überzogen wurden, das - sagt Veit Wilhelmy - "das ist doch Strategie, um vom Kernproblem abzulenken. In bestimmten politischen Kreisen ist es üblich, die Leute, die mit unkonventionellen Mitteln auf einen Missstand aufmerksam machen, zu stigmatisieren". Keinesfalls werde man sich deswegen aber davon abhalten lassen, für die Interessen und die Rechte der Menschen einzutreten. "Daran sind wir als Gewerkschafter gewohnt - und damit können wir leben."

Schmitthenner, der an dem "Kontrollgang" beteiligt war, gesteht ein, "dass das ein Regelverstoß war. Aber wie sonst sollen wir an Informationen kommen? Womit wir aber nicht

leben müssen, sind haltlose Unterstellungen. Wenn uns einer gesagt hat, wir sollten wieder gehen, sind wir auch gegangen. Wir haben die Ein-Euro-Jobber nicht bedrängt, sondern höflich gefragt". Es hätten sich sogar Betroffene bedankt: "Endlich kümmert sich mal jemand um uns."

Was die beiden Funktionäre in besonderer Weise ärgert, formuliert Wilhelmy noch einmal so: "Über unser Vorgehen hat sich alles aufgeregt. Auf die Zustände, die wir vorgefunden und öffentlich gemacht haben, gab's keine Reaktionen." Sie seien überzeugt, dass etwa Domäne und BauHaus, gerade was die Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen angeht, hervorragende Arbeit machen, "aber deswegen darf man es doch nicht als verwerflichen Tabubruch betrachten, wenn wir Teilaspekte kritisieren". Bei der Domäne, so Schmitthener, gebe es eine regelrechte "Beißhemmung".

"Dem Missbrauch und Ausfransen bei der Ausgestaltung der Hartz-IV-Gesetze könnten alle Kommunen einen Riegel vorschieben. Aber es tut niemand", sagt Wilhelmy. "Das Problem ist nur politisch zu lösen. Es müsste eine Reform der Reform erfolgen. Aber dafür gibt es keine Mehrheiten." "Wir kämpfen gegen Windmühlen", weiß Schmitthener - aber er verspricht: "Wir bleiben dran."